

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

29.1.1865 (No. 25)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 29. Januar.

N. 25.

Voranzahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

## Telegramm.

Wien, 28. Jan. Wie man der „Teiff. Post-Ztg.“ telegraphisch meldet, erwiederte Preußen auf das Andringen Oesterreichs wegen Beschleunigung der rückständigen Antwort, daß dieselbe auf der Grundlage der nothwendigen Arbeiten der Fachminister der Beendigung entgegensteht.

## Deutschland.

Karlsruhe, 28. Jan. Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Anna von Hessen ist gestern Vormittag 10 Uhr 22 Min., von Baden kommend, zum Besuche der Großherzoglichen Familie dahier eingetroffen, und ist höchst dieselbe heute Vormittag 11 Uhr 30 Min. dorthin zurückgekehrt.

Frankfurt, 27. Jan. Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 26. Januar.

Von der königl. sächsischen Regierung ward die Erklärung abgegeben, daß eine theilweise Abänderung der Bundesbeschlüsse vom 6. Juli 1854 wegen der Verhinderung des Mißbrauchs der Presse und vom 13. Juli 1854 in Betreff des Vereinswesens sich als dringend notwendig erweise, insofern durch die ungleichmäßige Ausübung derselben sich Unzulänglichkeiten ergeben, welche die königl. Regierung veranlassen würden, jene Beschlüsse in Ermangelung einer theilweisen Abänderung wieder außer Wirksamkeit zu setzen. — Die Ständelisten der Kontingente von Bayern, Limburg, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Westenburg-Schwerin, Schwarzburg-Rudolstadt und Schaumburg-Steppur wurden überreicht. — Wegen nothwendiger Ergänzung des Kanzleimobiliar der Militärkommission wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt und schließlich einige Personalangaben zur Kenntniß genommen.

Frankfurt, 27. Jan. In heutiger Sitzung des Appellationsgerichts wurde das Urtheil in dem Prozeß der hier erscheinenden „Europe“ wegen Ehrenkränkung des Königs von Preußen, verurtheilt in Nr. 176 dieser Zeitung, verurtheilt. Das freisprechende Erkenntniß des Zuchtpolizeigerichts wurde aufgehoben und der Redakteur des Blattes, C. Müller, weil in den Worten des betr. Artikels eine Ehrenkränkung liege, in fünf Tage Gefängniß und in die Kosten beider Instanzen verurtheilt, auch die Konfiskation der betr. Nummer ausgesprochen. Der Verurtheilte wird gegen dieses Erkenntniß das Rechtsmittel der Kassation ergreifen.

Stuttgart, 24. Jan. Die Zweite Kammer setzte heute die Beratung des Pensionsgesetzes fort. Art. 1 wurde in folgender Fassung angenommen: „Der Ruhestand beträgt, wenn der Diener das 40. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hat, 50 Proz. des Dienstgehalts. Mit jedem weiteren Lebensjahr bis zum 70. steigt derselbe 1) um 1/2 Proz. von dem Dienstgehalte, welcher 1200 fl. und weniger beträgt, 2) um 1/3 Proz. aus dem Theile des Dienstgehalts, welcher 1200 fl. übersteigt. Ein Ruhestandsgeld darf niemals 3000 fl. übersteigen, und soll im Ganzen durch die Ruheentzunder unter die Summe von 600 fl. nicht herunter sinken. Bei einem Einkommen von 600 fl. und weniger findet ein Gehaltsabzug im Fall der Ruheentzunder nicht statt.“

Art. 2 ist in der letzten Sitzung schon beraten, und setzt die Größe der Pensionen im Verhältnis zum Gehalt, und die Progression des Steigens mit den Dienstjahren fest, bestimmt auch, daß 3000 fl. der höchste Betrag einer Pension sein solle.

Art. 3, der von den Pensionen der Minister, des Geheimraths-Präsidenten und der übrigen Geheimraths-Mitglieder

handelt, gab zu einer langen und lebhaften Debatte über die Stellung des Geheimraths und die des Geheimraths-Präsidenten Veranlassung, wobei starke Angriffe auf das übrige in der Verfassung begründete Zustitut des Geheimraths, namentlich den Abgg. Hölzer und Kömer gemacht, aber von Mohl, Schäßle, Wittnacht, sowie vom Justizminister und Geheimraths-Präsidenten Jhrn. v. Neuraß, den Ministern des Innern und des Kultus, v. Geßler und v. Solther, eben so entschieden zurückgewiesen wurden.

Bei der Abstimmung wurden die einzelnen Bestimmungen des Art. 3 und die Amendements dazu wie folgt erledigt: Höhe der Summe einer Ministerbefolgung nach Regierungsentwurf und Kommissionsantrag: 3000 fl., angenommen mit 81 gegen 4 Stimmen. Gleichstellung des Geheimraths-Präsidenten mit den Ministern nach Regierungsentwurf und Minderheitsantrag der Kommission: abgelehnt mit 44 gegen 41 Stimmen. Pension der Geheimraths-Mitglieder nach dem Regierungsentwurf, amendirt von der Kommission, wie folgt: „Die Pension der übrigen Mitglieder des Geheimraths wird nach Art. 2 dieses Gesetzes berechnet. Jedoch haben diese Staatsdiener auch Anspruch auf Pension, wenn sie das 10. Dienstjahr noch nicht angetreten haben. Ihre Pension kann 3000 fl. nicht übersteigen, aber auch nicht unter die Hälfte der Besoldung sinken, sofern diese Hälfte nicht über 3000 fl. ausmacht. Angenommen mit 79 gegen 6 Stimmen. Von der Kommission einstimmig beantragter Schlußsatz des Artikels, der im Regierungsentwurf nicht enthalten ist: „Im Wege besonderer Zuficherung kann bei der Anstellung die Pension der Minister bis auf 4000 fl., die der übrigen Mitglieder des Geheimraths in den Grenzen des höchsten Betrags von 3000 fl. bis auf zwei Dritttheile des Dienstgehalts festgesetzt werden.“ Angenommen mit 67 gegen 18 Stimmen. Minderheitsantrag der Kommission: Gleichstellung des Geheimraths-Präsidenten mit den Ministern, auch in diesem Punkte — abgelehnt mit 52 gegen 33 Stimmen. Ein Antrag des Abg. Kömer: die Pension der im Ministeramt stehenden Departementschefs auf 2500 fl. festzusetzen, wurde mit 68 gegen 17 Stimmen abgelehnt; ein Antrag desselben, den obengegebenen Zusatz der Kommission mit einer Ministerpension von 4000 fl. auf besondere Zuficherung zu streichen, wurde mit 66 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Gotha, 26. Jan. Es wird jetzt amtlich mitgetheilt, daß der Herzog den Vorstand der Abteilung des Staatsministeriums für Koburg, Geh. Staatsrath Dr. Karl Phil. Franke, auf sein Ansuchen aus seinem bisherigen Dienstverhältnis in Gnaden entlassen, und ihm dabei das Großkreuz des herzogl. sächs. Ernestinischen Hausordens, statt des bisher getragenen Comthurkreuzes zweiter Klasse, verliehen hat.

Hamburg, 26. Jan. (H. N.) In der gestrigen Sitzung der Bürgerchaft theilte der Präsident mit, daß der Senat sich dem Antrage der Bürgerchaft, betreffend Einsetzung einer gemischten Kommission zur Prüfung unserer Bank- und Valuta-Verhältnisse, zustimmig erklärt habe, und die Zahl der Mitglieder auf je vier bestimmt zu sehen wünsche. Auf der Tagesordnung stand u. A. der Bericht des Bürgerausschusses über den Antrag des Hrn. Eichholz, betreffend Ausdehnung der Gewerbefreiheit auf alle Stände. Nach Antrag des Bürgerausschusses (Berichterstatter Dr. Leo) wurde die Nichtentnahme beschlossen.

Hamburg, 27. Jan. (W. L. B.) Das „Neue Hamburg“ meldet, der Verein der Manufakturisten habe eine Kommission niedergelegt, um die Stellung Hamburgs zum Zollverein zu beraten und den Senat zu ersuchen, wie in Bremen geschehen, mit dem Zollverein ein Abkommen dahin zu treffen, daß die Zollabfertigung hier am Platz stattfinden. Gleichzeitig möge der Senat dahin wirken, daß die Nothwendigkeit zur Lösung eines Gewerbescheines seitens hiesiger Geschäftreisenden wegfalle. Nach demselben Blatt hätte der Senat bei der Bürgerchaft den Antrag auf allwöchentliche Veröffentlichung sämtlicher in der Bank befindlichen Gelder gestellt.

Altona, 26. Jan. (Schl. S. Z.) Die aus der dänischen Armee entlassenen Schleswig-Holsteiner, welche bei der herzoglichen Landesregierung um Unterstützung eingekommen sind, erhielten in den letzten Tagen sämtlich gleichlautende, vom 18. Jan. datirte Zuschriften, worin ihnen eine einseitige Unterstützung von resp. 37 Mk. 8 Schll. bis 50 Mk., je nach Bedürfnis, angezeigt, auch mitgetheilt wird, daß wegen etwaiger fernerer Unterstützung nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 14. d. M. das Weitere erfolgen wird. Sämtliche werden aufgefordert, sich ohne Säumen um einen Erwerb oder Unterkommen zu bemühen.

Kiel, 23. Jan. Eine Mittheilung aus Plön vom 20. d. M. erwähnt als eines Gerüchtes, daß die Preuß. Eisenbahn nun dennoch die Genehmigung der obersten Zivilbehörde gefunden habe. Die „Kiel. Ztg.“ kam heute bestätigen, daß die Genehmigung am 13. d. M. ertheilt worden ist.

Aus Angeln, im Jan. (H. N. Z.) Wie man hört, soll die von Preußen von Kiel über Eckernförde nach Flensburg anzulegende Eisenbahn Angeln in direkter Linie von Wisunde über Satrup nach Flensburg durchschneiden.

Berlin, 27. Jan. (Köln. Ztg.) Ein Einspruch Oesterreichs gegen den Bau des Nord-Deutsche-Kanals, an dessen Baukapital Preußen partizipiren will, wird nicht erwartet, würde auch eventuell die Ausführung nicht hindern. — Zur Formulierung der preussischen Forderungen sollen neuerdings Berichte von dem preussischen Kommissar in den Herzogthümern eingefordert worden sein. — Die Morgenblätter besprechen die politische Beanstandung des telegraphischen Kammerberichts in der „Königsberg. Hartung. Ztg.“ — Man versichert, ein Beschluß, ob die Militärvorlage erfolgen solle, oder nicht, sei noch nicht gefaßt. Es gilt für wahrscheinlich, daß das Ministerium die Behandlung der Budgetfrage im Abgeordnetenhaus abwarten will.

Berlin, 27. Jan. Vorigen Mittwoch ist der dänische Geschäftsträger, Baron v. Gylbenron, aus Kopenhagen hier eingetroffen. Derselbe hatte gestern Vormittag eine Besprechung mit dem dänischen Kommissar, Geh. Rath v. Brästrup, und wurde dann von Hrn. v. Bismarck empfangen. — Gestern Abend war bei J. J. W. dem König und der Königin im königl. Schloß große Gala-Cour. Auf dieselbe folgte ein Konzert. Zu dem glänzenden Fest hatte sich im Schloß eine sehr zahlreiche Gesellschaft versammelt. — Die Hofsjaß, welche heute in den Jagdrevieren von Königs-Wusterhausen stattfinden sollte, ist des ungünstigen Wetters wegen wieder abgeseht worden. — Das Polizeipräsidium

## \*Ks. Die Geisterkutschke.

Das Erlebnis, was ich jetzt hier erzähle, tritt noch nach zwanzig Jahren mir wieder mit so frischen Schauern des Ueberstandenen, des Außerordentlichen und — wenn man es mir gelten lassen will — des Ueberrationalen, vor die Seele, daß ich schwer an die Mittheilung gehe.

Vor zwanzig Jahren, also, war's und just einen Tag, oder zwei vor dem Schluß der Viehhühnerjagd. Ich war den ganzen Tag mit meiner Finte draußen gewesen, ohne etwas Erhellendes einzutun. Der Wind war Ostwind; der Monat Dezember; der Ort ein kahles weites Moor fernab in Nordengland. Den Weg hatte ich auch verloren. Es war kein lustiger Ort, um den Weg zu verlieren, mit den ersten feberichten Flocken eines heranziehenden Schneesturms, die eben auf das Heidegeträubel niederflatterten, und dem bleigrauen Himmel, der ringsum sich zusammenzog. Ich hielt die Hand über die Augen und starrte spähend in die zunehmende Dunkelheit, wo das röhliche Moorland in eine, etwa fünf bis sechs Stunden entfernte, niedere Hügelkette sich verlor. Nicht der schwächste Rauchwirbel, nicht der kleinste bebante Fleck, oder ein Baum, oder Schafgang begegnete meinen Augen in irgend einer Richtung. Es blieb nichts übrig, als zuzuwandern und es darauf ankommen zu lassen, was ich für ein Obdach unterwegs fände. Ich hing also mein Gewehr wieder über, und trabte müde fürbass; denn ich war schon seit fast dem Morgenrauen auf den Füßen und hatte seit dem Frühstück nichts gegessen.

Der Schnee begann mittlerweile mit bedenklicher Stille niederzuwallen, und der Wind legte sich. Danach stieg die Kälte empfindlicher, und die Nacht brach vollends rasch herein. Was mich betriß, so würden meine Ausflüchte immer dunkler mit dem dunkelnden Himmel und das Herz mir immer schwerer, wenn ich an mein junges Weibchen dachte, das jetzt durch's Fenster unserer trauten kleinen Wohnstube wartend nach mir schaute, an all' die schmerzliche Sorge und Angst, die sie diese lange müde Nacht aussetzen mußte. Wir

waren seit vier Monaten ein Paar, hatten unsere Flitterwochen im schottischen Hochland zugebracht und wohnten jetzt in einem stillen, just am Saum der großen englischen Marschen gelegenen Dörfchen. Wir waren sehr verliebt und, natürlich, sehr glücklich. Heute Morgen, beim Abschied, hatte sie mich inständig gebeten, ja vor der Dämmerung heimzukehren, und ich hatte es ihr versprochen. Was hätte ich nicht darum gegeben, hätte ich Wort gehalten.

Selbst jetzt, so müde ich war, fühlte ich, daß ich mit einem Abendessen, einer Stunde Ruhe, und einem Führer immer noch vor Mitternacht heimkommen könnte, wenn nur Führer und Obdach sich finden ließen.

Die ganze Zeit aber fiel der Schnee fort und fort, wurde die Nacht immer finstlicher. Ich blieb alle Augenblicke stehen und schrie, allein mein Halbes schien die Stille nur tiefer zu machen. Da überkam mich ein dunkles unbehagliches Gefühl, und Gesichts von Reisenden fielen mir nach und nach ein, die im fallenden Schnee zu und immer zu gewandert waren, bis sie, ermattet, sich hinzulegen nicht erwehren konnten und ihr Leben todschliefen. Konnte — frug ich mich — konnte ich so die ganze lange schwarze Nacht durch fortwandern — aushalten? Würde nicht eine Zeit kommen, da meine Glieder ihren Dienst verlagern, meine Entschlußkraft nachgeben würde? Da auch ich den Schlaf des Todes schlafen müßte? Des Todes! Ich schauderte. Wie hart, jetzt zu sterben, wo das Leben so morgenhell vor mir lag! Wie hart für mein theures Weib, dessen ganzes liebendes Herz — doch der Gedanke war unerträglich! Ihn zu verbannen, schrie ich wieder, noch lauter, länger, und lauschte dann begierig. Antwortete meinem schallenden Ruf ein ferner Gegenstand, oder bildete ich mir ihn nur ein? Alermalts halloste ich und abermalts erfolgte der Wiederhall. Dann kam plötzlich ein unsicherer, zitternder Lichtfleck aus der Finsternis zum Vorschein, wechselnd, verschwindend, jeden Augenblick näher rückend, heller werdend. In vollem Lauf auf ihn zuzielend, fand ich mich, zu meiner großen Freude, Gesicht in Gesicht mit einem alten Mann und einer Laterne.

Ein lautes „Gott sei Dank!“ entrang sich meinen Lippen. Blinzelnd und stünnend erhob er seine Laterne und spähte mit in's Gesicht.

„Wofür?“ brummte er mürrisch.

„Du — für Euch. Ich fürchte schon im Schnee umkommen zu müssen.“

„Eh, ja, 's verkommen Leute von Zeit zu Zeit hierherum, und was soll Euch hindern, gleichfalls zu verkommen, wenn's unser Herr Gott so haben will.“

„Wenn Gott es so haben will, daß Ihr und ich miteinander umkommen, so müssen wir uns darein ergeben,“ versetzte ich; „indessen gedente ich nicht, ohne Euch zu verunglücken. Wie weit bin ich jetzt von Dwoolding?“

„Gute zehn Stunden, ab oder zu.“

„Und die nächste Dörfchaft?“

„Die nächste Dörfchaft ist Wyle, und das ist sechs Stunden auf der andern Seite.“

„Wo wohnt Ihr, denn?“

„Dort drüben,“ sagte er, mit einem unbestimmten Schwupp der Laterne.

„Ihr geht heim, vermuth' ich?“

„Kann sein.“

„Dann geh' ich mit Euch.“

Der Alte schüttelte den Kopf und rieb sich nachdenklich die Nase mit der Handhabe seiner Laterne.

„s' hilt nichts,“ brummte er; „er läßt Euch nicht ein — er.“

„Na, das wollen wir sehen,“ versetzte ich rasch. „Wer ist der Herr?“

„Der Herr.“

„Wer ist der Herr?“

„Das geht Euch nichts an,“ lautete die grobe Antwort.

„Nu, nu; Ihr geht voran, und ich seh' dafür,“ der Herr gibt mir Unterkunft und ein Abendessen heut' Nacht.“

warnen abermals vor den grünen Arsenikfarben an Ballkleidern, künstlichen Blumen etc.

**Berlin, 27. Jan.** Die Amtsblätter bringen unter dem Titel „Der Weg zur Verständigung und zum innern Frieden“ einen offiziellen Artikel, in welchem einzelne bezügliche Stellen der Thronrede, sowie die Rede des Grafen Eulenburg paraphrasirt werden. Es wird ausgeführt, daß und wie der ganze Streit mit dem Abgeordnetenhaus einzig aus der Militärfrage hervorgegangen und daß in ihr allein die Bedingungen der Verständigung zu suchen seien. Im Krieg mit Dänemark aber habe sich die neue Heereseinrichtung auf's glänzendste bewährt; ferner habe die Besorgnis wegen des Geldpunktes sich als grundlos erwiesen, wie der Zustand der Finanzen zeige.

So sind denn — fährt der Artikel fort — die beiden Gründe, welche zuerst gegen die Reorganisation zu sprechen schienen, jetzt durch unwiderlegliche Thatfachen entkräftet. Wenn aber ferner die Besorgnis laut geworden ist, daß die Regierung auch in Zukunft neue erhebliche Vermehrungen des Heeres ohne Mitwirkung der Landesvertretung in's Werk setzen werde, so wird die Regierung gewiß gern die Hand dazu bieten, solch unbegründete Besorgnis zu beruhigen. Gelingt es auf diese Weise, die Einwände in der Militärfrage zu beseitigen und die endliche Feststellung derselben durch die verfassungsmäßige Mitwirkung der Landesvertretung zu erreichen, so wird dann weiter auch die Verfassungsfrage ohne Schwierigkeit thatsächlich erledigt werden. Die Rechte, welche der Landesvertretung durch die Verfassungsurkunde eingeräumt worden sind, ist der König, wie in der Thronrede von neuem feierlich ausgesprochen worden ist, auch ferner zu achten und zu wahren entschlossen. Nur nothgedrungen und nur scheinbar sind die Rechte, welche der Landesvertretung durch die Verfassung wirklich eingeräumt sind, vorübergehend zum Stillstand gekommen. Will das Abgeordnetenhaus diese seine wirklichen Rechte wieder zur vollen Wirksamkeit bringen, so wird es den Weg zur Verständigung und zum innern Frieden betreten, auf welcher die Thronrede hingewiesen hat.

Dann werden die Arbeiten der neuen Sitzung, wie der König hofft, dem Vaterland zum Segen gereichen.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bringt folgende offiziöse Notiz: Verschiedene Blätter lassen sich über Wien melden: Das preussische Kronsyndikat habe die preussischen Erbansprüche auf schleswig-holsteinische Landestheile für nichtig erklärt. Wir bemerken dazu, daß das preussische Kronsyndikat noch keine Sitzung zur Berathung der ihm vorgelegten Fragen gehabt hat, indem der Referent noch damit beschäftigt ist, seinen Bericht über das ungemein umfangreiche Material vorzubereiten.

Der Rundschauer der „Kreuzzeitung“ faßt das Programm der äußern Politik Preußens für das Jahr 1865 in folgenden Sätzen zusammen: Recht und Gerechtigkeit in Deutschland, kein deutsches Piemont, Recht und Gerechtigkeit in Schleswig-Holstein, keine Demokratie daselbst, Deutschland Oesterreichs und Preußens Nachbar, Reform der Bundesverfassung, keine nagelneue Bundesverfassung, Freundschaft mit England, Feind des 18. Juni im Sinne der Schlacht von Belle-Alliance und der heiligen Allianz.

**Wien, 24. Jan.** Die „Indep. Belge“ läßt sich aus Frankfurt folgende Analyse einer Depesche mittheilen, die Graf Mensdorff am 21. Dez. v. J. an Hr. v. Bismarck gerichtet haben soll. Wir lassen sie hier folgen, ohne irgend eine Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Angaben des belgischen Blattes zu übernehmen.

Graf Mensdorff bedauert zunächst, daß die preussische Antwort vom 13. Dez. dem Wunsch Oesterreichs nach einer prompten Lösung der Herzogthümerfrage keine Genugthuung gewährt hat. Das Wiener Kabinet gibt zu, daß keiner der Präzedenzen unbestreitbare Rechte auf die Gesamtheit der Herzogthümer geltend machen könne; aber da nach seiner Ansicht die Zerstückelung des Landes unmöglich ist, so muß man diesen Rechten den Besttitel suppliren, den Oesterreich und Preußen durch den Friedensvertrag erlangt haben, wie dies seitens der beiden Mächte schon auf der Londoner Konferenz geschehen sei. Wenn Preußen die Absicht habe, brandenburgische Erbansprüche geltend zu machen, so hätte es dies thun sollen, bevor die drei Repräsentanten Deutschlands am 21. Mai 1864 im Angesicht von ganz Europa eine Erklärung zu Gunsten des Erbprinzen von Augustenburg abgaben. Oesterreich hält an dieser Erklärung fest, und hat aus diesem Grund vorgeschlagen, dem Erbprinzen die provisorische Regierung in den Herzogthümern zu übertragen. Was den Großherzog von Oldenburg anbelangt, so wurden dessen Rechte von Rußland selbst in Zweifel

„Oh, probirt's denn mit ihm!“ murmelte mein widerwilliger Wegweiser; und immer noch den Kopf schüttelnd hoppelte er, koboldartig, fort durch den fallenden Schnee. Da stieg eine große Masse dunkel aus der Finsterniß auf, und eine gewaltige Dogge schoß mit wüthendem Gebell heraus.

„Ist dies das Haus?“ frug ich.  
„Ja, 's ist 's Haus. Ruck! Bey.“ Dabei summelte er in seiner Tasche nach dem Schlüssel.

Ich stellte mich dicht hinter ihn, um ja gleich das Oeffnen zu bemühen, und sah in dem kleinen Lichtkreis, den die Laterne verbreitete, daß die Thür schwer mit Eisnägeln, wie eine Gefängnißthür, beschlagen war. In der nächsten Minute hatte er den Schlüssel umgedreht und ich an ihm vorbei mich eilend's in's Haus gedrängt.

(Fortsetzung folgt.)

— London. Im Gegensatz zu J. B. Anson's „Theatre Almanack for 1865“, welcher von einem Wiederaufschwung der englischen Rationallibne spricht, klagt „Daily News“ bitter über den immer tieferen Verfall derselben, besonders in der Hauptstadt. Das edlere Schauspiel werde immer mehr durch elende Melodramen, Pantomimen, Burlesken, Ballette und die gedankenlose Duelle mittelständiger Opern verdrängt, und die alte Vorstellung, daß das Theater eine „Schule“ sei oder wohl gar ein Ort sittlicher Reinigung (Katharsis), sei zur baaren Illusion geworden, ja in's Gegentheil umgeschlagen. Außer den innern Gründen des Verfalls, die in England wie auf dem Kontinent wirksam sind, führt das genannte Blatt die immer gemäßigter werdende Bevölkerung der Hauptstadt an; das gebildete und kritische Publikum von ehemals sei ganz verschwunden, und die Bänke füllten sich jetzt Abends allermeist mit den wärend des Tags nach London heringeströmten Eisenbahn- und Dampfbootpassagieren, den „moutons de Panorge“, denen eine Theaterunterhaltung in dem Maß willkommener, je sinnlicher und gröber sie ist. Die Bühnenunternehmer aber denken zunächst an ihren Geldbeutel. Nur bei einem so flüchtigen Theaterpublikum sei es erklärlich, daß Nachwerke der untersten Sorte viele Monate lang hintereinander volle Häuser machen.

gezogen, von dem sie sich doch herleiten; das Kabinet von St. Petersburg hat ausdrücklich erklärt, daß es die Entscheidung des Bundes als einzig und allein maßgebend ansehen werde. Hr. v. Bismarck betonte die Verschiedenheit der Stellung Oesterreichs und Preußens. Allein Graf Karolyi habe bereits in Berlin die Erklärung abgegeben, daß, wenn Preußen aus dem Friedensvertrag den Rechtstitel für eine Gebietserweiterung ableiten wollte, Oesterreich eine entsprechende Kompensation in Deutschland verlangen würde. Wenn Hr. v. Bismarck von Verpflichtungen gegen sein Land spricht, so hat Oesterreich nicht geringere Rücksichten gegen seine Unterthanen, und das Gleichgewicht der beiden deutschen Mächte ist eine Hauptbedingung der Wohlfahrt Deutschlands. Nicht darum sei österreichisches Blut geflossen, um dieses Gleichgewicht durch eine Vergrößerung Preußens zu stören. Die beiden Mächte haben einen großen Einfluß auf die Geschichte Deutschlands; aber dieser Einfluß reicht nicht hin, um alle andern Mitglieder des Bundes in den Schatten zu drängen. Die meisten dieser Staaten sind höchst mißvergnügt über die gegenwärtige Lage der Dinge; sie werden nicht mehr lange zögern, Anträge vor den Bund zu bringen, die Oesterreich bisher widerrathen hat, aber denen es endlich seine Zustimmung nicht zu entziehen wissen wird, da dieselben seinen (Oesterreichs) Ueberzeugungen entsprechen. . . .

**Wien, 25. Jan.** Die Berliner „Kreuz-Ztg.“ läßt sich von hier folgendes über die Stellung Oesterreichs zu Preußen und deren Motive schreiben:

Unser Kabinet geht mit der größten Klarheit und Festigkeit davon aus, daß die Allianz mit Preußen eine gegebene Nothwendigkeit ist für die Lage, in welcher sich Oesterreich namentlich der italienischen Frage gegenüber befindet, und die kaiserl. Regierung weiß genau, daß ihr weder eine Koalition mit den deutschen Mittelstaaten, noch mit einem westmächtliden Reich jene preussische Allianz auch nur entfernt ersetzen kann. Wir bedürfen die Freundschaft Preußens, falls die gespannte italienische Angelegenheit zum Ausbruch kommen sollte. Noch größeren Werth hat aber die Allianz für uns als präventives Mittel; ist Oesterreich fest mit Preußen verbunden, so können wir hoffen, daß die Gegner nichts Großes in Italien wagen, und daß Oesterreich ganz herkommt um dortige Konflikte größten Maßstabs, die gegenwärtig am politischen Horizont als drohende Gewitterwolken hängen. Aus diesem Ausgangspunkt ergibt sich von selbst das Verhalten unserer Regierung in der schleswig-holsteinischen Sache gegen Preußen. Da nicht bloß das Berliner Kabinet, sondern das ganze Volk Preußens den größten Werth darauf legt, der Vortheile theilhaftig zu werden, für welche die kriegerischen Anstrengungen gegen Dänemark und die Session der Herzogthümer an Oesterreich und Preußen einen legalen Boden geschaffen haben, und da ferner Zerföhrung der österreichisch-preussischen Harmonie die sichere Folge wäre, wenn Oesterreich auf Berechtigung jener geoffenen preussischen Vortheile hinarbeitete, — so wird unsere Regierung stets die größte Rücksicht für die preussischen Wünsche in der Herzogthümerfrage nehmen, und es kann sich höchstens um ein Mehr und Minder der Zugeständnisse handeln. Selbst bei dieser Abwägung läßt es aber unsere Regierung schwerlich jemals dahin kommen, daß die Diskussion über das Maß zu einem Bruch der Allianz führe. Eine Ausgleichung zwischen Oesterreich und Preußen und der schleswig-holsteinischen Angelegenheit steht also gewiß in Sicht, mag sie nun etwas früher oder später kommen und noch etwas mehr oder weniger Etappen bis zum Endziel durchlaufen.

† **Wien, 26. Jan.** Dem bekannten Artikel der offiziellen „Bayer. Ztg.“, welcher für das Recht des Bundes zur Entscheidung der schleswig-holsteinischen Erbfolge plaidirt und welchen man unter den gegebenen Umständen für den Vorkäufer eines in dieser Richtung zu stellenden Antrages Bayerns am Bunde halten müßte, ist dem Vernehmen nach eine hieher gerichtete Erklärung des bayrischen Kabinetts auf dem Fuß gefolgt, welche eine solche Deutung ganz entschieden abweist. Es scheint, so weit unsere Mittheilungen reichen, sich in München noch eine doppelte Strömung geltend zu machen und die der österreichischen Auffassung der Verhältnisse günstigere, wenigstens für den Augenblick die vorwiegende zu sein, obgleich die entgegengesetzte Strömung gerade aus den in letzter Instanz maßgebenden Kreisen ihre Kraft schöpfen soll. Das sächsische Vertrauensvotum für Oesterreich ist übrigens von vornherein weit reservirter als das bayrische.

**Wien, 27. Jan. (W. L. Z.)** Das Unterhaus beschloß heute, nach Biskra's Antrag, einen Ausschuß zur Erwägung und Berichterstattung, beziehungsweise Antragstellung über die bekannte Erklärung des Finanzministers v. Plener niederzusetzen.

### Schweiz.

**Bern, 25. Jan.** Die neuesten Berichte des Genfer Plagtkommandanten Fratecolla über die Stimmung der Bevölkerung in Genf lauten so günstig, daß der Bundesrath in seiner heutigen Sitzung die definitive Aufhebung der eidgenössischen Okkupation dieses Kantons vom 10. Febr. an beschließen konnte. Bekanntlich hatte die Okkupation schon vom 10. Jan. an die mildere Form eines Scharfschützen-Wiederholungskurses angenommen.

### Italien.

**Turin, 24. Jan. (Köln. Ztg.)** Italien hat ungefähr 250 Bischöfe; wenn wir nun annehmen, daß dreißig bischöfliche Stühle leer seien, so zählt die streitende Kirche des italienischen Episkopats 220 Streiter. Ist diese Schar eine sehr kompakte? Ja und Nein. Den Beweis liefert der Umstand, daß man bis heute trotz aller Anstrengungen es nicht zu einer identischen Protestation zu bringen vermocht hat. Die Folge davon ist, daß Jeder auf eigene Faust Beschwerde erheben wird, wie in Frankreich. Der Bischof von Novara und der Erzbischof von Perugia haben den Anfang gemacht. Die „Armonia“ und die „Unita Cattolica“ versuchen umsonst, diesem Aftenstück zu einigem Aufsehen zu verhelfen; die politischen Blätter halten es nicht einmal der Mühe werth, Erwähnung davon zu thun. Kardinal Andrea hat gestern in der Gesellschaft des Prinzen Humbert der Verteilung der Preise beigewohnt, welche der Handelsstand von Neapel den besten Schülern der Volksschulen alljährlich ertheilt. In Rom ist man mit dem Benehmen des Kardinals Andrea sehr unzufrieden. Die angeblich gegen ihn ergriffenen Maßregeln der Strenge bestehen jedoch nur in der Einbildung der Erfinder.

**Turin, 27. Jan. (W. L. Z.)** Gestern Abend fanden neue Kundgebungen zu Gunsten einiger Deputirten und Journalisten statt. — Es heißt, das Militärgericht habe Anlaß gefunden zur Prozeßirung von 58 Militärs wegen Beteiligungen an den September-Ereignissen. Zwanzig derselben seien angeklagt wegen Mißbrauchs ihrer Vertheidigungsmittel, die übrigen wegen unnötigem Gebrauch ihrer Waffen.

### Frankreich.

**Paris, 27. Jan.** Das „Pays“ behauptete gestern, daß die Nachricht von Unterhandlungen wegen eines französisch-österreichischen Handelsvertrags unbegründet sei. Das „Mém. diplom.“ dagegen versichert, daß solche Unterhandlungen allerdings bereits im Gang seien, und zwar zu Berlin zwischen dem französischen Gesandten, Hr. Benedetti, und dem österreichischen Handelskommissär, Baron v. Hof. Letzterer werde nach Beendigung seiner Mission in Berlin nach Paris kommen, um gemeinschaftlich mit dem Fürsten Metternich beim definitiven Abschluß des Handelsvertrags zu wirken. — Die Broschüre des Bischofs Dupanloup über die Konvention und die Encyclica wird, in's Italienische übertragen, heute in Rom erscheinen. Nach einer von der Havas'schen Agentur veröffentlichten Mittheilung hätte Graf Sartiges dem Kardinal Antonelli eine Note der französischen Regierung mitgetheilt, worin die gegen Veröffentlichung der Encyclica getroffenen Maßregeln erläutert und gerechtfertigt seien. Diese Nachricht ist gänzlich aus der Luft gegriffen und die erwähnte Depesche existirt nicht.

Die „Temps“ veröffentlicht eine Note, wonach der von Proudhon selbst eingefetzte Freundesrath keine öffentliche Subscription wünscht und das Gerücht von einer, vom Unterrichtsminister der Wittve Proudhon angebotenen Pension unbegründet sei. — Die „France“ widerlegt das hier umgehende Gerücht von in Turin stattgehabten Ruhestörungen. „Lebrignens“ fügt sie bei — durchkreuzen auf Befehl der Quästur Carabinieri- und Bergapartipatrouillen von 4 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Morgens alle Straßen rings um die Stadt.“ Die Gerüchte von Bourbonnischen Manifestationen in Palermo bestätigen sich.

Die Börse war außerordentlich fest. Rente bleibt 67.20; Mob. 965; ital. Anl. 65.25.

### Spanien.

\* **Madrid, 20. Jan.** Marschall O'Donnell hielt heute in Sena eine Rede, worin er sagte, daß die Frage des Aufgehens von San Domingo nicht mehr als intakt zu betrachten sei, da die Insel bereits thatsächlich aufgegeben sei. Der Marschall fügte hinzu, daß, wenn er die Leitung der gegen die Rebellen angewandten Truppen in Händen gehabt hätte, er seinen Kopf daran gesetzt hätte, sie in 3 Monaten zu bezwingen. Uebrigens sei er noch jetzt bereit, abzurufen, wenn es die Königin befehlen sollte.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 25. Jan. (Nat.-Ztg.)** Das Volksthing des dänischen Reichstages beendete gestern die zweite Behandlung des Finanzgesetzes. Die Linke (Bauernfreunde und Grundbesitzer) bestritt in zwei Amendements die verfassungsmäßige Gültigkeit des Reichsraths und beanspruchte namentlich dessen Bewilligungsrecht in sogenannten gemeinschaftlichen Angelegenheiten ausschließlich für den Reichstag. In diesem Sinne sprachen Oberst Tscherning, Redakteur Hansen und Dr. Heert Winther. Der von seinem plötzlichen Unwohlsein bereits wieder hergestellte Finanzminister David führte dagegen, unterstützt von Hall, Monrad, Bille Barfod und Kimestad, aus, daß der Reichsrath verfassungsmäßig fortbestehe. Die beiden Anträge der Linken wurden mit 56 gegen 43 und mit 55 gegen 19 Stimmen verworfen. — Das Reichsraths-Landsthing schritt heute zur dritten Behandlung der Verfassungsfrage. Der Finanzminister betonte mit Nachdruck die Nothwendigkeit der Feststellung des Einnahmeverzins für die Landstingswähler auf die ursprüngliche Höhe von 2000 Thalern, während Krieger, Orla Lehmann, Unsgaard, Orlif und Wadwig die Aufrechthaltung des von dem Landsthing auf 1200 Thlr. ermäßigten Verzins befürworteten. Andererseits wurde der Regierungsantrag auf die Nichtzuziehung von Mitgliedern eines aufgelösten Landstings zum Reichsgericht von den Gutsbesitzern Rosenbren, Sehested und Estrup unterstützt. — In Fortsetzung des wegen mangelhafter Beteiligungen unlangst aufgehobenen „Märzvereins“ ist hier in diesen Tagen unter den Auspizien des Geh. Rath's Hall, des Konferenzraths Wadwig, des Professors Clausen, der Redakteure Bille und Plog, und 59 anderer Mitglieder der national-liberalen Partei ein „Dänischer Volksverein“ gegründet worden, welcher in der Provinz zahlreiche Zweigvereine gründen wird, und nach dem vorliegenden Programm für die Entwicklung nationalen Geistes und Bewußtseins, für die Sicherung der in gemeinsamer Nationalität und Tradition begründeten Verbindung mit den dänischen Schleswigern und für das grundgesetzliche Fortbestehen der volksthümlichen dänischen Freiheit wirken soll.

### Großbritannien.

\* **London, 25. Jan.** In Ashton hielt der englische Handelsminister Milner Gibson eine Rede vor seinen Wählern. Er sagte darin u. A.:

Unsere freie Handelspolitik kann nur erst dann alle davon zu erwartenden Vortheile gewähren, wenn fremde Nationen sie nachahmen. Bis jetzt ist in Europa, mit Ausnahme Hollands, der Schweiz und der Türkei, die Liberalität nur auf unserer Seite. Zwar verdanken wir Cobden den ersten kräftigen Stoß, der gegen das Protektionsystem in Frankreich geführt wurde, und wir werden an den Vortheilen der Handelsverträge, welche Frankreich mit Belgien, Italien, dem Zollverein, der Schweiz, Schweden, Holland und der Türkei geschlossen hat, Theil haben. Unglücklicher Weise liegt aber in den übertriebenen Militärausgaben auf dem Kontinent ein Haupthinderniß der Beseitigung der Zölle. Frankreich, ermuntert durch den guten Erfolg seines veränderten Handelssystems, denkt nun an eine Erweiterung seiner Schiffahrtsgesetze, welche unsern Handel großen Vortheil verspricht. Das

Schleswig-Holstein betrifft, so muß jeder Wähler sich freuen, daß England sich nicht in den Streit ziehen ließ; auch ist Dänemark nie Hoffnung auf materielle Hilfe von Seiten der englischen Regierung gemacht, es ist vielmehr nur durch Zeitungsartikel und öffentliche Reden darüber getäuscht worden. Die kleine Majorität im Parlament, fuhr dann der Redner fort, entstand nur durch die Verbindung der ultramontanen Katholiken mit den protestantischen Hochkonservativen. Diese aber werden nie England regieren, noch bürgerliche und religiöse Freiheit fördern. Die Wahlreform ist nicht allein in Folge der Gleichgültigkeit der Minister, sondern auch in Folge der Gleichgültigkeit des Volkes unterblieben. Es wäre erfreulich, wenn die Wähler sich kräftiger dafür aussprächen, dann würde wenigstens ein Teil der arbeitenden Klasse das Stimmrecht erhalten. Was Amerika betrifft, sagte Milner Gibson, so könne er mit dem Süden nicht sympathisieren, der ohne allen Grund in gewaltthätiger Weise aus der Staatsverbindung treten wolle, und der Grundsätze verrette, die hostentlich nie auf Erden zur Geltung kommen würden. Es sei ein Kampf zwischen Sklaverei und Freiheit, und die Regierung werde auch ferner streng und unparteiische Neutralität üben. So hoffe er, daß nach beendigtem Kampfe ewige Freundschaft zwischen England und Amerika bestehe, und die Emanzipation der Sklaven eine der Folgen dieses Kampfes sein werde.

**London, 26. Jan.** Die „Times“ vergleicht heute die beiden Häuser des preussischen Landtags mit denen des englischen Parlaments. Die Vergleichung des Herrenhauses mit dem englischen Oberhaus fällt sehr zu Ungunsten des erstern aus, indem das englische Oberhaus zu allen Zeiten eine unabhängige Korporation gewesen und dem es niemals eingeklinken sei, seine Aufgabe in der Verstärkung der Kronrechte zu suchen. Die „Times“ fährt dann fort:

Über während das preussische Herrenhaus kein englisches Haus der Lords ist, hat das preussische Haus der Abgeordneten eine sehr starke Ähnlichkeit mit dem englischen Haus der Gemeinen. Dort zeigt sich ganz derselbe glühende, konsequente und würdevolle Entschluß, die dem repräsentativen Element in der Verfassung zutommenden Rechte zu verteidigen, der einige unserer eigenen Kämpfe mit der Krone in glücklicher Weise längt vergangener Tage gekennzeichnet hat. Wenn nicht das Wachstum parlamentarischer Einrichtungen durch irgend einen glücklichen Zufall mit der Regierung eines zugleich liberalen und klugen Monarchen zusammenstößt, heißt es vielleicht zu viel erwarten, daß solche Kämpfe sich sollten vermeiden lassen. Daß der gegenwärtige Streit zwischen den verschiedenen Regierungselementen in Preußen mit dem Nachgeben der Krone und der Begründung regelmäßiger Freiheit enden wird, darüber kann und nicht der leiseste Zweifel aufsteigen. Der Mittelstand ist zu mächtig geworden, seine Feingemeinschaft ist eine zu innige, als daß er nicht schließlich mit seinen Forderungen durchdringen sollte.

Frederick Peel hat vor seiner Wählerwahl in Dury eine Ansprache gehalten, deren erster Teil, auf die auswärtige Politik Englands sich beziehend, einiges Interesse in Anspruch nehmen darf, weil der Redner ein Mitglied der Regierung ist.

Auf die dänische Frage zurückgekehrt, suchte der Unterstaatssekretär die Anklage, daß England eine Demütigung erfahren habe, zu widerlegen, und knüpfte daran die Bemerkung, daß es weise sein werde, die Fälle zu beschränken, in denen eine Einmischung für angemessen zu erachten sei. Englands Ziel solle Friede und Neutralität, seine Bahn die der Nichtintervention sein. (Beifall.) Nichtintervention in Bezug auf internationale Angelegenheiten fremder Länder habe seit langem als die Regel bestanden; Nichtintervention sei besonders die Regel in solchen Fällen, wenn ein Teil eines Landes sich von dem andern trenne und sich als unabhängigen Staat zu konstituieren strebe. Dieses Prinzip sei dem amerikanischen Kriege gegenüber befolgt worden. England habe die Südstaaten zwar als kriegsführende Partei anerkannt, aber nicht eher, als dies von Seiten der Nordstaaten selbst geschehen sei; und da der Norden und der Süden somit als Kriegsführende auf gleicher Linie ständen, habe England in seiner Stellung als neutrale Macht die Pflicht, sich nach beiden Seiten hin der Ausrüstung von Waffen und Munition zu enthalten. Den Süden habe England nicht (als unabhängigen Staat) anerkannt, weil der Norden seine Anstrengungen, den Süden zu unterwerfen, nicht aufgegeben, und andererseits der Süden es nicht erreicht habe, seine Unabhängigkeit darzutun. Anerkennung des Südens unter so bewandten Umständen würde daher einer mit der Beobachtung einer neutralen Haltung unvereinbaren Hülfeleistung gleichkommen. (Beifall.) Es sei jedoch nicht möglich, in Betreff dieses Prinzips der Nichtintervention es als positive Regel festzustellen, daß England, geschehe was da wolle, sich des Krieges enthalten werde; sondern die Regel der englischen Politik sei so zu fassen, daß das Land nicht von Frieden und Neutralität abweichen werde, ausgenommen in Fällen, wo in Wirklichkeit keine Wahl bliebe. — Der Rest der Ansprache hatte die Finanzverhältnisse des Landes und die Reformfrage zum Gegenstand. Der Unterstaatssekretär suchte die von Herrn Bright besprochenen allgemeine Ausdehnung des Wahlrechts als in ihren Folgen landesgefährlich darzustellen, und sprach sich für eine allmähliche und beschränkte Erweiterung des Stimmrechts aus.

Der afrikanische Postdampfer „Armenian“, vorgestern von Liverpool ausgelaufen, ist gestern auf der Arklow-Bank gescheitert und ein völliges Wrack geworden. Mit Ausnahme von vier, die ertranken, wurden Passagiere und Mannschaft gerettet.

Ueber die am 21. Novbr. geschehene Ermordung zweier britischen Offiziere in Japan theilt der in Yokohama erscheinende „Japan Herald“ (vom 26. Nov.) einige, freilich wenig genügende, Einzelheiten mit, wie sie sich bei der Totenschau herausgestellt haben. Am 21. Nov., Morgens, verließen Major G. W. Baldwin und Leutnant H. R. Bird, Beide dem 20. Regiment angehörig, Yokohama, um einen Ausflug nach Kamakura und Daiboots zu unternehmen. Um 1/2 11 Uhr langten sie in Enosima an, und ritten von dort um 12 Uhr weiter nach Daiboots. An demselben Abend benachrichtigten die Bezirksbehörden den Gouverneur von Yokohama, daß in oder nahe bei Kamakura zwei Ausländer angefallen worden seien; der Eine sei erschlagen, der Andere lebe noch. Den folgenden Morgen setzte der Gouverneur die ausländischen Konsuln von der Begebenheit in Kenntniß, und Dr. Lindau, der schweizerische, Dr. v. Brandt, der preussische Konsul, machten sich sofort reisefertig, während andere Europäer, u. A. ein englischer Leutnant mit einer Anzahl Berittener, ihnen folgten. In der Nähe des Tempels Hachijuna, wo sich der Weg dreifach spaltet, nach Daiboots zur Rechten, geradeaus

zum Meere, und direkt ins Binnenland zur Linken, wurden die Leichname der beiden Unglücklichen, barbarisch verstümmelt, vorgefunden, unter einem elenden Zelte. Dem Einen lag sein Pistol, dessen einer Lauf kürzlich abgeschossen zu sein schien, zur Seite; der Andere hatte das seinige noch im Gürtel stecken. Alle Nachforschungen und Fragen führten zu keinem Ergebnis. Niemand wußte etwas mehr zu sagen, als daß die Leichname da waren, und daß der jüngere der Beiden noch einige Stunden gelebt habe, nachdem er die tödtliche Verletzung erhalten.

### Baden.

**St. Pforzheim, 27. Jan.** Hr. Dr. W. Jordan hat auch hier eine einleitende Vorlesung über das Nibelungenlied gehalten und dadurch auf seine Behandlung unserer urgermanischen Sagenwelt das Interesse der Zuhörer in hohem Grad erregt. Hr. Dr. Jordan hat zugesagt, einzelne Kapitel seiner eigenen Bearbeitung der Sigfridhage vorzutragen und ist man hierauf, insbesondere auch in Folge der Mittheilungen Ihres Blattes, sehr gespannt. — Der strebsame Vorstand des hiesigen Arbeiter-Vereins, Hr. W. Müller, sucht sich ein neues Feld seiner, namentlich die Verbesserung der Zustände der arbeitenden Klasse bezweckenden Thätigkeit. Derselbe ist nämlich bestrebt, auch das Loos unserer Arbeiterinnen zu verbessern und hat zu dem Zweck Vorträge angekündigt, wobei er die Mittel und Wege bezeichnen will, die nach seiner Ansicht eine Verbesserung der Lage dieses ansehnlichen Theils unserer Bevölkerung herbeiführen können. — Die Nachricht des „Pforz. Beobachters“, daß der oft genannte nordstaatliche Reitergeneral Kauz aus der hiesigen Gegend und zwar aus dem Dorf Springen gebürtig sei, scheint sich zu bestätigen. Derselbe soll der Sohn eines dortigen Schreiners sein, welcher vor Jahren nach Nordamerika ausgewandert.

### Vermischte Nachrichten.

**Stuttgart, 27. Jan.** Die nun seit 10 Jahren bestehende hiesige Handwerkerbank hielt gestern ihre jährliche Generalversammlung, wobei der Rechnungsjahresbericht über ihre Geschäftsthätigkeit im Jahr 1884 und ihren Bestand am Ende des genannten Jahres vorgelegt wurde. Hiernach fanden am 31. Dez. 1883 an Vorkäufen aus 217,063 fl. 21 fr., wurden im Jahr 1884 ausgegeben 527,905 fl. 34 fr., und in diesem Jahr zurückbezahlt 522,829 fl. 21 fr. Die Gesamtsumme betrug 803,381 fl. 58 fr., die Gesamtsumme der Ausgaben 797,701 fl. 36 fr., blieb in Kasse 5680 fl. 22 fr., und dazu kommt noch ein Guthaben bei der Hofbank mit 48,326 fl. 10 fr. Hiezu die Ausstände auf Schuldscheine 110,768 fl. 38 fr. und auf Conto-Corrent 114,764 fl. 5 fr., gibt Aktiva im Gesamtbetrag 279,530 fl. 7 fr. Davon gehen nur 58,550 fl. 33 fr. an aufgenommenen Anleihen ab, so daß rein als Betriebskapital übrig bleiben 220,979 fl. 34 fr. Verloren wurde im ganzen vorigen Jahr nicht ein Kreuzer. Dem Vorstand Dr. Scherren, der dieses Amt seit 9 Jahren führt, wurde gestern als Zeichen der Anerkennung von der Gesellschaft ein werthvoller Brillantring überreicht.

**Vöhring, 26. Jan.** (Sch. M.) Anton Schmucker von Eber wurde heute durch Wahrpruch der Geschworenen des an seiner Ehefrau am 18. Febr. v. J. vollbrachten Mordes für schuldig erklärt und hierauf dem Antrag des Staatsanwalts gemäß vom Schwurgerichtshof zum Tode mittels Enthauptung verurtheilt.

**Aus Bayern, 21. Jan.** (Sch. M.) Die Zivilbevölkerung betrug in nachfolgenden größeren bayerischen Städten nach dem Stand vom 3. Dez. 1884: München 142,092 (mit Militär u. s. w. 166,000), Vernehrung seit 1861: 17,869 Personen, 14, Proz.; Würzburg 31,376, Verm. seit 1861: 2895 Pers., 9, Proz.; Bayreuth 21,921, Verm. seit 1861: 538 Pers., 2, Proz.; Regensburg 25,996 Pers.; Bamberg 20,985 Pers.; Hof 13,132, Verm. seit 1861: 1114 Pers., 8, Proz.; Augsburg 41,515 (mit Militär 47,500), Verm. seit 1861: 3158 Pers., 8, Proz.; Nürnberg 65,355, Verm. seit 1861: 7202 Pers., 12, Proz.; Jülich 20,972 Pers.; Kaiserlautern 13,464, Verm. seit 1861: 1468 Pers., 12, Proz.; Speyer 12,194 Pers.; Ansbach 11,257, Verm. seit 1861: 734 Pers., 6, Proz.; Erlangen 11,180, Verm. seit 1861: 284 Pers., 2, Proz.; Straubing 10,020, Verm. seit 1861: 335 Pers., 3, Proz. Der Kreis Schwaben und Neuburg hat bei einer Bevölkerung von etwa 600,000 Seelen 968 Volksschulen mit 70,955 Schülern und 27,805 Sonntagsschülern und einem Personal von 105 Lehrern und 1198 Lehrern, wovon 428,337 fl. jährliche Besoldung beziehen.

**München, 25. Jan.** (A. J.) In einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung, welcher gegen dreißig Journalisten und Schriftsteller beiwohnten, wurde die Gründung eines „Journalistenvereins“ beschlossen. Nach längerer Beratung beschloß man die Wahl einer Kommission welche einen Statutenentwurf bearbeitet und sich behufs dessen mit den Journalistenvereinen in Wien, Berlin u. s. w. Benehmen setzen soll. Als Zweck des zu bildenden Vereins sind bezeichnet: gefellige Unterhaltung, kräftige und nützbringende Wahrnehmung der Standesinteressen, sowie Gründung eines Unterstützungsvereins.

**Altona, 24. Jan.** Der „Nordd. Allg. Zig.“ geht in Bezug auf die bekannte Altonaer Adresse und die von Hrn. v. Brodorski-Misfeldt darüber abgegebene Zusatzerklärung eine Zuschrift zu von G. v. Emden-Glaustorf, der sich der annerkionistischen Erklärung des Hrn. v. Brodorski-Misfeldt anschließt.

**Berlin, 26. Jan.** Der „Staats-Anz.“ gibt folgende Mittheilung über den gegenwärtigen Stand der preussischen Flotte: Die preussische Flotte zählt gegenwärtig an Dampfschiffen vier schwere Korvetten: „Gazelle“, „Arctona“, „Bineta“ und „Hertha“. Alle vier Schiffe sind Schwefelschiffe, d. h. sie haben gleiche Dimensionen, eine gleiche Anzahl Geschütze und Pferdekraft; zusammen 132 Geschütze und 1600 Pferdekraft. Ferner vier Gattbedkorvetten „Nymphen“ und „Medusa“, à 17 Geschütze und 200 Pferdekraft, „Augusta“ und „Victoria“ à 14 Kanonen. Die Zahl der Aviso hat nach dem schleswig-holsteinischen Krieg dadurch abgenommen, daß die Regierung 4 bis 6 gemietete Fahrzeuge zurückgegeben. Geblieben sind nur drei: „Ablet“, „Coreley“ und „Grille“ mit zusammen 9 Kanonen, doch werden 2 Panzeraviso erwartet. Kanonenboote 1. Klasse hat Preußen 6 (2 andere werden gebaut) mit zusammen 18 Kanonen und 480 Pferdekraft; Kanonenboote 2. Klasse 15 mit 30 Geschützen und 900 Pferdekraft. Die Gesamtkraft der preussischen Kriegs-Dampfschiffe besteht demnach aus 32 Fahrzeugen mit 251 Geschützen. Der größte Theil der Dampflotte hat sich in den schleswig-holsteinischen Häfen eingerichtet, andere Abtheilungen stationiren in Swinemünde und Stralsund. In Danzig liegen folgende Fahrzeuge: „Gefion“ und

„Thetis“, Segelfregatten à 42 und 38 Kanonen, Kriegsbrigade „Hela“, Aviso „Grille“, Schraubenfregatte „Hertha“ und Schraubenkorvette „Medusa“. „Hertha“ und „Medusa“ werden noch ausgerüstet und empfangen ihre Maschinen. Das Uebungsgeschwader („Niobe“, „Novor“, „Masquito“) ist im Atlantischen Ozean, und liegen Nachrichten vor, daß die Fregatte „Niobe“ an der Küste von Teneriffa kurz vor Neujahr einen heftigen Sturm zu bestehen gehabt, der dem Schiff einen Anker und ein Boot gekostet hat. Die „Gazelle“ ist noch im Kanal La Mancha, dürfte aber bald zurückkommen.

**Berlin, 27. Jan.** Das Polizeipräsidium hat nunmehr den vom hiesigen Omnibusverein entworfenen Fahrplan genehmigt. Dieser Plan soll mit dem 1. Febr. allgemein zur Ausführung kommen. Nach demselben werden hier im Ganzen 29 Omnibuslinien eingerichtet. Die meisten derselben sind schon in Betrieb. Mit Ausnahme der Linie zwischen dem Lustgarten und Charlottenburg werden sämtliche Linien in Stationstouren getheilt. Jede Tour soll im Abonnement 1/2 Sgr. kosten. Ohne Abonnement kostet jede Fahrt bis zu zwei Touren 1 Sgr. und bis zu vier Touren 2 Sgr. Außerdem werden nunmehr auch die schon früher erwähnten Anschlußtouren mit den sog. Korrespondenzbillets eingeführt. Durch die neue Einrichtung werden längere Fahrten theurer, die kürzern billiger als bisher.

**Glogau, 24. Jan.** Wie der „Bresl. Zig.“ berichtet wird, hat sich in der Beneidungsaufnahme in dem Preßprozeß gegen den „Niederösch. Anz.“ eine Menge neuer Incidenzpunkte herausgestellt, wodurch der objektive Thatbestand schärfer hervortritt. Der Bionnier Nowak hat den Sachverhalt folgendermaßen erzählt: „Am 1/4 1 Uhr Nachmittags des 5. Okt. beauftragte ihn Leutnant Krause, er solle Brennmaterial holen, und um 1/2 2 Uhr machte er das Feuer an. Dann holte er Ungarwein, 4 Portionen Butterbrot mit kaltem Aufschnitt, und führte noch verschiedene Beforgungen aus. Um 1/2 6 Uhr hatte er die Denklappe zugemacht, nachdem er sich überzeugt, daß die Kohlen bis auf kleine Gluthüde ausgebrannt waren. Die vorhandenen Reste wurden von ihm vollständig zerschlagen. Es war Alles so durchgebrannt, daß nur die reine Asche übrig blieb. Auf die Vorhaltung, inwiefern seine heutigen Angaben von den früheren, wonach er das Feuer erst zwischen 2 und 3 Uhr angemacht u. s. w., abweichen, erwiderte Zeuge, er habe voriges Mal eben so ausgefragt. Demnach wurde ein Mißverständnis konstatiert. Auf die weiteren Fragen des Vorsitzenden und des Kreisphysikus Dr. Hoffmann antwortete Zeuge: Die Heizung war mit Holz und Kohlen geschehen, von letzteren war ungefähr 1 Meße angelegt. Die Ofenthür ist nicht hermetisch verschließbar; sie besteht aus einer eisernen und messingenen Doppelthür.

— Zeugin Antonie Droga n b, bei deren Vernehmung der Gerichtshof die Oeffentlichkeit nicht ausschloß, obwohl es von der Vertheidigung angeimgestellt worden, behauptete, ihr sei zu allererst unwohl geworden. Agnes Sander begab sich in die Alfove mit Leutnant Krause, der über heftige Kopfschmerzen klagte. Mit Einemmal hörte Zeugin ein Geschrei der Sander: „Ach, Antonie, komm herein, steh mir bei!“ Als sie an die Thür ging, bemerkte sie, wie die Sander im Begriff war, den Leutnant Krause auszufleiden, der an einem Krampfanfall litt. Leutnant v. Richtigshofen aber rief sie, indem er sagte: „Das schickt sich nicht, daß Sie da zusehen.“ Bald darauf fiel sie um und kam erst im elterlichen Hause wieder zur Besinnung. Wie sie ferner angibt, war das Rendezvous schon vorher auf einem Spaziergang, wenn auch nicht bestimmt, unter den vier beteiligten Personen verabredet. Die Aussage des kommissarisch vernommenen Leutnants Krause wurde verlesen, von der Verlesung der v. Richtigshofen'schen Aussage dagegen abgesehen. — Einen der wichtigsten Momente bildete die Vernehmung der militärärztlichen Odbuzenten, welche ihre Odbuktionsberichte ergänzten und erläuterten, worauf die Zivilärzte, Kreisphysikus Dr. Hoffmann, Dr. Leypjohn und Dr. Pollack, ihre Wahrnehmungen beendeten. Bataillonsarzt Dr. Nawig mußte einräumen, daß das Odbuktionsprotokoll in mancher Hinsicht lüdenhaft ist. Kreisphysikus Dr. Hoffmann, welcher dies näher darlegte, erklärte, die Möglichkeit, daß die Agnes Sander bei der ungewöhnlichen physischen Aufregung, die sich ihrer bemächtigt, in Folge der Einathmung des Kohlenbunnes gestorben, sei wohl vorhanden, keineswegs aber die absolute Gewissheit dieser Todesursache dargehan. — Staatsanwalt Heinke sagte in seinem Plaidoyer, es handle sich in dem heutigen Prozeß nicht bloß darum, daß eine Verletzung des Gesetzes gerügt, sondern auch der öffentlichen Meinung Rechnung getragen werde. Er sei weit entfernt, die öffentliche Meinung als eine berechnete Macht anzuerkennen; doch liege es im öffentlichen Interesse, daß die irreführende Meinung auf den rechten Weg geführt werde. Dies sei die Antwort auf die vielfach ergangenen Fragen, warum die alte und, wie auch gesagt, schmutzige Geschichte noch einmal gerichtlich verhandelt werde. Redner erhielt sodann die Anklage aufrecht und motivirte die bereits gemeldeten Strafanträge. Justizrath Koerte stützte seine Vertheidigungsrede auf die Einbrücke, welche das Ereigniß vom 6. Okt. v. J. s. B. hervorgebracht, die mannigfachen wesentlichen Abweichungen und erheblichen Widersprüche, sowie auf die neuen thatsächlichen Momente, welche sich gegenüber den bisherigen Feststellungen ergeben. Indem die Staatsanwaltschaft replizierte, räumte sie ein, daß der Belastungsbeweis in vielen wesentlichen Punkten lüdenhaft geblieben und somit die Anklage theils erschüttert, theils widerlegt sei.

**London, 26. Jan.** Der wegen Ermordung des Obr. Fuhrop zum Tode verurtheilte J. G. Karl Röhl ist heute durch den Strang hingerichtet worden. Der lutherische Geistliche Dr. Gappel begleitete ihn auf's Schafot. Röhl behauptete bis zum letzten Augenblick seine Unschuld. Trotz der äußerst unangenehmen Witterung hatte sich eine ungeheure Volksmenge zur Szene der Hinrichtung eingefunden.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

27. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27	2.27	+ 8.2	S. W.	stark bew. trüb, mild, Stöhrn.
Mittags 2	1.63	+ 10.2	„	„	„ windig
Nachts 9	1.50	+ 7.0	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 29. Jan. 1. Quartal. 15. Abonnementsvorstellung. **Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg**; Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.  
Dienstag 31. Jan. 1. Quartal. 16. Abonnementsvorstellung. **Don Carlos**; Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller. „Carlos“ — Hr. Gröffer zur letzten Gastrolle.

